

eine Lizenz, die einheitlich von der Presse- und Publikationsbehörde gedruckt wird, inklusive Registrationsnummer für die Zeitung erhält. Presseorgane, die von den Presse- und Publikationsämtern auf Provinzebene als "inoffizielle Zeitungen" (*neibu baokan*) registriert sind, und Zeitungen, die intern von bestimmten Einheiten benutzt werden, heißen "informelle Zeitungen" (*feizhengshi baozhi*). Diese dürfen nicht verkauft, öffentlich angezeigt, ausgelegt und vertrieben werden, und ihre Hersteller dürfen weder Geschäfte mit dem Blatt machen noch Zweigstellen für Reporter errichten. In den Bestimmungen ist festgelegt, daß Zweigstellen für Reporter keine selbständigen Organe sind, keinen eigenen Rechtsstatus haben und keine Geschäfte betreiben dürfen. Sie unterstehen der Kontrolle der jeweiligen örtlichen Presse- und Publikationsämter.

Inhaltlich muß das, was die lizenzierten Zeitungen veröffentlichen, mit den Themen übereinstimmen, die auf der Lizenz registriert sind. Die Lizenzen dürfen nicht für andere als die registrierten Druckerzeugnisse verwendet werden. Informelle Zeitungen müssen bei jeder Nummer an vorgegebener Stelle deutlich die Aufschrift "Interne Zeitung mit Drucklizenz" sowie die Nummer der Ausgabe tragen.

Alle offiziellen Zeitungen dürfen im Rahmen der gesetzlichen und politischen Bestimmungen neben ihrer eigentlichen Arbeit bezahlte Dienstleistungen anbieten sowie verschiedene Unternehmungen und Werbeaktivitäten entfalten. Solche Aktivitäten dürfen allerdings nur von den Verwaltungs- und Anzeigenabteilungen einer Zeitung durchgeführt werden. Anderen Abteilungen und Personen sind sie untersagt. Die Zeitungen müssen Anzeigen deutlich als solche kennzeichnen; sie dürfen Anzeigen nicht in Form von Meldungen bringen und dafür Geld kassieren.

Zeitungsbüros und verantwortliche Personen, die gegen diese Bestimmungen verstoßen, werden bestraft.

Bei diesen Bestimmungen geht es weniger um die inhaltliche Kontrolle der Zeitungen, die von den zuständigen Parteikomitees vorgenommen wird, als vielmehr um Formalia, nach denen allerdings auch schon seit geraumer Zeit verfahren wird. Das neue Genehmigungsverfahren für alle Presseorgane

wurde von der Presse- und Publikationsbehörde im Sommer 1989, nach der gescheiterten Demokratiebewegung, im Zuge verschärfter ideologischer Kontrolle eingeführt. Die Vergabe von Lizenzen soll dem Aufsichtspersonal der Presse- und Publikationsämter das Aufspüren illegaler Periodika erleichtern. -st-

*(22)

Anteil der städtischen Bevölkerung wächst

Mitte März ging in Quanzhou, Provinz Fujian, eine Konferenz des Ministeriums für öffentliche Sicherheit zuende, auf der ein Bericht über die Bevölkerung Chinas im Jahre 1990 vorgelegt worden war. Dieser Bericht enthüllte, daß die städtische Bevölkerung Festlandchinas Ende 1990 331,857 Millionen oder 29,4 Prozent der Gesamtbevölkerung betrug. Die Zahl liegt um 16,156 Millionen höher als die für 1989. Auch die Zahl der Städte hat verhältnismäßig stark zugenommen. Ende 1990 betrug sie dem Bericht zufolge 461, das sind 15 Städte mehr als im Vorjahr. Zusammen verfügen diese Städte über 91,52 Millionen Haushalte mit einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 3,6 Personen.

Was die Größe der Städte angeht, so gibt es derzeit 210 Städte mit einer Bevölkerung von weniger als 500.000 Einwohnern und 153 Städte mit einer Bevölkerungszahl zwischen 500.000 und 1 Million. In 82 Städten liegt die Einwohnerzahl zwischen 1 und 2 Millionen, in 16 Städten über 2 Millionen. (XNA, 15.3.91)

Im zweiten Kommuniqué über die vierte Volkszählung vom 1. Juli 1990, das im November 1990 veröffentlicht wurde, war der Anteil der städtischen Bevölkerung noch mit 26,23 Prozent der Gesamtbevölkerung angegeben worden (RMRB, 7.11.90). Dies bedeutet, daß die städtische Bevölkerung im zweiten Halbjahr 1990 um 3,17 Prozent angewachsen ist. Man kann also davon ausgehen, daß der Anteil der städtischen Bevölkerung im Jahr 1990 um über 6 Prozent zugenommen hat. Damit ist das Wachstum der städtischen Bevölkerung weitaus schneller als das jährliche nationale Bevölkerungswachstum, das durchschnittlich etwa 1,4 Prozent beträgt. Da die Geburtenrate in den Städten generell niedriger als auf dem Lande liegt, ist das schnel-

lere Wachstum der städtischen Bevölkerung zum einen auf Zuwanderung aus den ländlichen Gebieten zurückzuführen, zum anderen aber vor allem darauf, daß sich die Zahl der Orte, die den Status einer Stadt erhalten haben, erhöht hat. -st-

*(23)

350 Millionen Analphabeten

Die Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang* druckte in ihrer Märzausgabe einen Artikel ab, in dem eine Reihe von Zahlenangaben aus einem internen Dokument veröffentlicht werden, das das Hauptbüro des Staatsrats anhand von Daten verschiedener Ministerien zusammengestellt hatte. Dem internen Dokument des Staatsrats zufolge beläuft sich die Gesamtzahl der Analphabeten in China auf 350 Millionen Menschen (*Dongxiang*, März 1991, S. 23). Diese Angaben, die ursprünglich von der Chinesischen Akademie der Wissenschaften stammen sollen, liegen fast doppelt so hoch wie die im offiziellen Kommuniqué über die Ergebnisse der vierten Volkszählung genannte Zahl von 180 Millionen (siehe Brunhild Staiger in C.a., November 1990, S. 839). Sollte die Zahl von 350 Millionen zutreffen, dann würde die Analphabetenrate nicht knapp 16 Prozent, sondern rund 30 Prozent betragen. -sch-

Außenwirtschaft

*(24)

Ausweitung der sino-japanischen Wirtschaftsbeziehungen geplant

Nach der Ende letzten Jahres erfolgten Verlängerung des Handelsabkommens zwischen China und Japan um weitere fünf Jahre werden derzeit bilaterale Gespräche über die Aufhebung noch bestehender Wirtschaftssanktionen und einen weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation geführt. Hierbei geht es einerseits um die Reduzierung der Prämiensätze für die Exportversicherung auf das Niveau vor dem Juni 1989 und um weitere japanische Kreditzusagen an China.

Für die Periode 1990-1995 war ein Entwicklungshilfekredit für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten mit

einem Umfang von 810 Mrd.Yen (rd. 9,5 Mrd.DM) vorgesehen; allerdings wurde die Zuweisung der Mittel aufgrund der Tiananmen-Ereignisse im Juni 1989 zunächst eingefroren. Die erste Auszahlung des Kredits von 122,5 Mrd.Yen (rd. 1,4 Mrd.DM) für das Finanzjahr 1990/91 (April bis März) erfolgte erst im November letzten Jahres mit 36,51 Mrd.Yen. Der zweite Teilkredit in Höhe von 42,6 Mrd.Yen wurde im Januar vergeben. Über die Konditionen für den restlichen Teil der Kreditzusage innerhalb des auslaufenden Fiskaljahrs wird noch verhandelt. Von chinesischer Seite besteht die Vorstellung einer japanischen Beteiligung an der Finanzierung des bei Dalian (Provinz Liaoning) geplanten Industrieparks; hierfür werden rd. 350 Mio.DM erforderlich werden. Weiterhin soll der Kredit für den Aufbau eines Industrie- und Handelszentrums mit den dafür erforderlichen Verkehrs- und Fernmeldeeinrichtungen in Shanghai geplant sein; der Finanzbedarf wird mit rd. 1,5 Mrd.DM angegeben.

Weiterhin ist China an einer finanziellen Beteiligung Japans bei der Erschließung von Energieressourcen interessiert. So wird damit gerechnet, daß Japan einen Kredit von 7 Mrd.US\$ bereitstellt, der für die Exploration von Erdöl- und Erdgasvorkommen im Tarim-Becken (Provinz Xinjiang) eingesetzt werden soll. Nach chinesischen Untersuchungen werden die Erdölvorkommen auf 10 Mrd.t Rohöl und 8,3 Bill.cbm Erdgas geschätzt und würden damit zu den größten Energieressourcen Chinas zählen.

Vor dem Hintergrund der Ausweitung des europäischen Binnenmarktes und des nordamerikanischen Handelsblockes zwischen den USA, Kanada und Mexiko hat Li Lanqing, Minister für Wirtschaftsbeziehungen und Handel mit dem Ausland, in Gesprächen mit dem japanischen Minister für Internationalen Handel und Industrie, Eiichi Nakao, angeregt, die ostasiatische Wirtschaftskooperation zu verstärken. Als Gegengewicht zu den westlichen Wirtschaftsblöcken sollten die ostasiatischen APEC-Staaten sowie China und Japan eine Handelsgemeinschaft bilden. Li Lanqing griff damit den bereits vom malayischen Ministerpräsidenten Mahathir Mohamad vorgeschlagenen Plan der Bildung einer Freihandelszone zwischen den APEC-

Staaten unter Ausschluß der USA, Kanada, Australien und Neuseeland auf. (FAZ, 25.3.91; SWB, 20.2.u.25.3.91; HB, 22.3.u.25.3.91; NfA, 5.11.91)

Ob Japan diesem Vorschlag zustimmen wird, ist mehr als fraglich, da die Beteiligung Japans an einer ostasiatischen Blockbildung zu weiteren wirtschaftlichen Konfrontationen mit den USA führen würde. Dieses Risiko wird Japan nicht eingehen wollen, da die USA nach wie vor ihr größter Absatzmarkt sind. -schü-

*(25)

Auslandsbanken in Shanghai

Am 5.März hat die Volksbank, Zentralbank der Volksrepublik China, die Anträge von sechs ausländischen Banken zur Eröffnung von Niederlassungen in Shanghai bewilligt. Bei diesen Banken handelt es sich um die US-amerikanischen Banken Citibank und die Bank of Amerika, die japanischen Banken Industrial Bank of Japan und die Sanwa Bank sowie um die französischen Banken Crédit Lyonnais und die Banque Indosuez. (XNA, 26.3.91)

Nach Gong Haocheng, Präsident der Shanghai-er Niederlassung der Volksbank, haben seit der Veröffentlichung von Bestimmungen über die Tätigkeit von Auslandsbanken in Shanghai im September letzten Jahres insgesamt 16 ausländische Finanzinstitute Anträge auf Eröffnung von Filialen gestellt. Die Bestimmungen erlauben zwar den Auslandsbanken in den Bereichen Exportfinanzierung und Finanzierung der für den Aufbau der Wirtschaftszone Pudong geplanten Investitionsprojekte tätig zu werden, nicht jedoch Einlagen in chinesischer Währung zu halten bzw. Kredite in lokaler Währung zu vergeben. (XNA, 26.3.91; AWSJ, 8./9.3.91) Diese Restriktionen sowie extrem hohe Mieten und Probleme bei der Suche nach geeigneten Standorten in Shanghai, schrecken nach einem Bericht des *Handelsblatts* vom 19.3.1991 noch manche ausländische Bank vor einem Engagement in Shanghai ab.

Bisher wurden Niederlassungen von Auslandsbanken nur in den fünf Wirtschaftszone Shenzen, Zhuhai und Shantou in der Provinz Guangdong, Xiamen in der Provinz Fujian und in der Provinz Hainan genehmigt.

Von den ehemals 28 ausländischen Finanzinstituten, die in Shanghai vor der Gründung der VR China tätig waren, durften nur vier Banken unter sehr rigiden Beschränkungen weiter operieren. Hierzu zählten die Hongkong & Shanghai Banking Corp., Standard Chartered Bank, Bank of East Asia und die Overseas Chinese Banking Corp. mit Sitz in Singapur. (XNA, 26.3.91; AWSJ, 8./9.3.91)

Zhu Rongji, Bürgermeister von Shanghai und neugewählter stellvertretender Ministerpräsident, drängt auf eine schnelle Ansiedlung ausländischer Banken in Shanghai, um die Entwicklung der Wirtschaftszone Pudong als exportorientiertes Industriezentrum realisieren zu können. Zwar hat die Zentralregierung im letzten Jahr diesen Plänen zugestimmt, die Finanzierung soll jedoch überwiegend durch ausländische Investitionen erfolgen. (FAZ, 18.3.91) -schü-

*(26)

Warenkredit an die UdSSR

Am 15.März wurde eine Vereinbarung über die Bereitstellung eines Warenkredits durch China an die UdSSR in Höhe von 1 Mrd. Schweizer Franken [rund 1,15 Mrd.DM] unterzeichnet. Der Warenkredit zu "günstigen Bedingungen" ermöglicht der UdSSR den Kauf von chinesischen Nahrungsmitteln wie Getreide, Fleisch, Erdnüssen und Tee sowie von Produkten der Leichtindustrie wie Tabak, Textilien und anderen Konsumgütern. Dieser Warenkredit ist doppelt so hoch wie der im letzten Jahr der UdSSR zum Kauf von Konsumgütern eingeräumte Kredit. (SWB, 18.3.91; FEER, 28.3.91)

Für die chinesische Regierung stellt die Bereitstellung des Warenkredits keine zusätzliche wirtschaftliche Belastung dar, sondern bietet einerseits die Möglichkeit zum Abbau der hohen Getreideüberschüsse nach den guten Ernteergebnissen des Vorjahres, die zu Problemen bei der Getreidelagerung führten, und andererseits zur Reduzierung der aufgrund der schleppenden Marktnachfrage vorhandenen hohen Lagerbestände bei industriellen Produkten. (SZ, 16./17.3.91)

Nach einem Bericht der FEER vom 28.3.91 erwarteten ausländische Experten, daß im Gegenzug zum chinesi-

schen Warenkredit von der UdSSR Militärtechnologie, insbesondere sowjetische Militärflugzeuge und andere Waffensysteme, geliefert würden. Obwohl im Februar dieses Jahres bereits Gespräche über eine Kooperation zwischen den Rüstungsindustrien beider Länder stattgefunden hatten, wurde eine derartige Vereinbarung offiziell zunächst bestritten. Nach Darstellung der FEER vom 11.4.91 soll nunmehr in den nächsten Monaten ein Vertrag über den Verkauf von sowjetischen Kampfflugzeugen [Typ 24 Su27] im Werte von 700 Mio.US\$ an China abgeschlossen werden.

Über den weiteren Ausbau des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen China und der UdSSR in diesem Jahr wurde am 21.3.91 weiterhin ein neues Protokoll unterzeichnet. Die Handelsbeziehungen sollen zwar grundsätzlich über die Zahlung konvertibler Devisen abgewickelt werden, bestimmte Barter-Geschäfte sind jedoch auch in Zukunft vorgesehen. Im Rahmen des Handelsprotokolls wird China an die UdSSR vor allem Nahrungsmittel, Tee, Viehfuttermittel und Konsumgüter liefern, während die Importe aus der UdSSR insbesondere Maschinen, metallurgische Ausstattungen, Erdölprodukte und Düngemittel umfassen werden. (SWB, 25.3.91)

Insgesamt hat sich der Handel zwischen China und der UdSSR seit Beginn der Wirtschaftsreform und Öffnungspolitik erheblich ausgeweitet. So erhöhte sich das beiderseitige Handelsvolumen von 220 Mio.US\$ im Jahre 1981 auf 3,2 Mrd.US\$ im Jahre 1989. (Zhongguo Tongji Niangjian, 1990, S. 6465; BRU, 17/1990) -schü-

nahmen des Staates. Insgesamt weist der Staatshaushalt im Jahre 1990 bei Einnahmen von 324,478 Mrd. Yuan und Ausgaben von 339,521 Mrd. Yuan ein Defizit von 15,043 Mrd. Yuan auf, das sind 6,151 Mrd. Yuan mehr als geplant.

Als Gründe für das hohe Budgetdefizit nannte Wang Bingquan Ausgabensteigerungen in den lokalen Finanzhaushalten, die über den im Haushaltsentwurf festgelegten Zuwächsen hinausgingen. Dazu zählten Investitionen für den Ausbau der Infrastruktur (+8%), für die Landwirtschaft (+11%), für die Verteidigung (+15,5%), für das Erziehungswesen (+11,2%) und für Wissenschaft und Technologie (+16,1%). Während die Erhöhung dieser Ausgaben nach Wang Bingquan notwendig war und zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation beigetragen hat, sei die Belastung des Staatshaushalts durch steigende Subventionen ein ernstes Problem. So mußten 1990 zur Unterstützung der [staatlichen] Unternehmen, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten waren, 57,850 Mrd. Yuan als Verlustausgleich gezahlt werden. Weiterhin wurden aus dem Staatsbudget Preissubventionen [für die städtischen Konsumenten] in Höhe von 37,863 Mrd. Yuan zur Stabilisierung der Preise gezahlt. Zwar sei unter besonderen Umständen und für einen kurzen Zeitraum die Übernahme von Verlusten der Unternehmen und von Subventionen zur Preisstabilisierung gerechtfertigt, eine Fortsetzung dieser Praxis führe nach Wang Bingquan jedoch nicht nur zu einer weiteren Erhöhung des Budgetdefizits, sondern auch zu einer Gefährdung der stabilen und koordinierten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. (SWB, 28.3.91)

Aufgrund der um 18,5% gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Gewinn- und Steuerabführungen der staatlichen Unternehmen, die sich 1990 auf lediglich 127,1 Mrd.Yuan beliefen, und der hohen Rückstände bei der Zahlung von Unternehmensgewinnen und -steuern an den Staatshaushalt, war eine Erhöhung der gesamten Finanzeinnahmen äußerst problematisch. Die schwierige Situation bei der Erhebung der staatlichen Einnahmen wurde nach Wang Bingquan im letzten Jahr weiterhin durch die Praxis in einigen lokalen Verwaltungseinheiten und Abteilungen verschärft, Steuern zu umgehen, Ge-

winnabführungen an den Staatshaushalt zurückzuhalten, falsche Angaben über Unternehmensverluste zu machen, Prämien und Subventionen wahllos zu vergeben, öffentliches und kollektives Eigentum zum eigenen Vorteil in Anspruch zu nehmen und öffentliche Gelder in Banketten zu verschwenden. (SWB, 29.3.91; BRU, 10/1991)

Auch für das Jahr 1991 wird mit einem Budgetdefizit gerechnet, da weder von einer schnellen Reduzierung der Staatsausgaben, noch von einer wesentlichen Erhöhung der Einnahmen ausgegangen werden kann. Der Haushaltsentwurf sieht eine Einnahmesteigerung um 6% auf 343,810 Mrd. Yuan und eine Ausgabensteigerung um 5,2% auf 357,156 Mrd. Yuan vor. Damit wird das geplante Defizit in diesem Jahr 13,346 Mrd. Yuan ausmachen, 1,697 Mrd. Yuan weniger als im Vorjahr.

Im geplanten Staatshaushalt für 1991 wird der Ausgabenanteil für Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur mit 68,289 Mrd. Yuan (+4,6%), für die Landwirtschaft mit 23,456 Mrd. Yuan (+7,2%), für die nationale Verteidigung mit 32,51 Mrd. Yuan (+12%) und für Erziehung, Wissenschaft und Technik mit 67,604 Mrd. Yuan (+9,7%) angesetzt. Der Anteil der Staatsausgaben für die übrigen Bereiche soll das Niveau des Vorjahres erreichen oder niedriger als 1990 sein. (SWB, 28.3.91; NfA, 28.3.91)

Die Erhöhung der Staatseinnahmen in diesem Jahr soll einerseits durch die Anhebung der Verkaufssteuern im Einzelhandel von 3% auf 5% realisiert werden; hierbei wird von einer Steigerung der Einnahmen um rund 7 Mrd. Yuan ausgegangen. Andererseits ist eine Reduzierung der Preissubventionen um ca. 5 Mrd. Yuan und eine Streichung von Exportsubventionen um über 5 Mrd. Yuan vorgesehen. Weiterhin ist eine verstärkte Ausgabe von staatlichen Schuldverschreibungen und eine zeitliche Verschiebung der Spitzenperioden für Schuldendienstzahlungen geplant. Zur Reduzierung der Belastungen des Staatshaushalts fordert Finanzminister Wang Bingquan außerdem die stärkere Übernahme von Preissubventionen und Steuererstattungen für Exporte durch lokale Finanzhaushalte. Höhere Ablieferungen an den zentralen Staatshaushalt

Binnenwirtschaft

*(27)

Hohes Budgetdefizit 1990 und kritische Lage der Staatsfinanzen 1991

Finanzminister Wang Bingquan stellte auf dem Nationalen Volkskongreß am 26.März seinen Bericht zur Implementation der Finanzplanung 1990 vor. Auch im letzten Jahr überstiegen die Staatsausgaben bei weitem die Ein-